

## Update Telekommunikationsrecht

**Dr. Gerd Kiparski, MBA**

Herbstakademie 2025

# Agenda

- ▶ Digital Networks Act (DNA)
- ▶ TKG-ÄndG 2025
- ▶ Eckpunkte Gesetz zum TK-Netzausbaus
- ▶ TK-Mindestversorgungs-VO (TKMV)
- ▶ VG Köln | Feststellung der Unterversorgung
- ▶ OLG Bamberg | Umzug
- ▶ LG München I | Zeitlicher Abstand zwischen Vertragszusammenfassung und Vertragsschluss

## Digital Networks Act (i)

### ▶ **European Electronic Communications Code (EECC)**

- ▶ RL 2018/1972 aus dem Jahr 2018. Wurde erst 2021 mit der TKG-Novelle in deutsches Recht umgesetzt

### ▶ **Mit dem DNA wird der EECC überarbeitet und abgelöst**

- ▶ DNA soll EECC-Richtlinie als VO ersetzen
- ▶ Kernthemen des DNA werden sein:
  - ▶ Reduzierung der Berichtspflichten (50%)
  - ▶ Stärkere Harmonisierung für Cross-Border Angebote, Sicherheit, Überwachung, Kundenschutz
  - ▶ Kupfer-Glas-Migration und Abschalten der Kupfernetze. Bis 2030 soll vollständige Migration erfolgen
  - ▶ Vereinheitlichung der Funkspektrumsvergabe Koordinierung des Vergabeprozesses, längere Zuteilungsfristen, gemeinsame Frequenznutzung
  - ▶ Level Playing Field mit Satellitenanbietern

## Digital Networks Act (ii)

- ▶ Klarstellungen zur Netzneutralität für innovative Dienste
- ▶ Netzsicherheit: Hoch-Risiko-Lieferanten sollen von 5G- und 6G-Netzen ausgeschlossen werden
- ▶ Schutz von Unterseekabeln
- ▶ Zahlung durch große Content-Anbieter (Fair Share) nicht mehr Teil der Diskussion
- ▶ Erster Entwurf des DNA soll in Q4, 2025 kommen

## Hintergrund Netzausbau

- ▶ Digitalstrategie der BReg, 20. Legislaturperiode
  - ▶ Bis 2025 sollen die Hälfte der stationären Anschlüsse über Glasfaser realisiert werden
  - ▶ Bis 2030 sollen alle Haushalte mit Glasfaser erschlossen sein
- ▶ Koalitionsvertrag
  - ▶ Flächendeckender Glasfaserausbau
- ▶ BREKO Gutachten
  - ▶ 52,8% der Haushalte mit Glasfaser erreichbar, Stand Juni 2025
  - ▶ Prognose 2030, 82%-92% der Haushalte mit Glasfaser erschlossen
  - ▶ Pick-up-Rate niedrig. Von 24,3 Mio. Homes Passed nur 12,6 Mio. Homes Connected

# TKG-ÄndG 2025

## ▶ TK-Netzausbau-Beschleunigungs-Gesetz

- ▶ Fiel der Diskontinuität der 20. Legislaturperiode anheim

## ▶ TKG-ÄndG 2025

- ▶ Änderung von § 1 Abs. 1 TKG: Die Verlegung und die Änderung von Telekommunikationslinien zum Ausbau von öffentlichen Telekommunikationsnetzen liegen bis zum Ablauf des 31. Dezember 2030 im überragenden öffentlichen Interesse
- ▶ Seit Juli 2025 in Kraft

## Eckpunkte Gesetz zum TK-Netzausbau (i)

- ▶ BMDS Eckpunkte für Gesetz zur Änderung des TKG und zur Verbesserung der TK-rechtlichen Rahmenbedingungen für den TK-Netzausbau im Juli 2025 vorgestellt
- ▶ Umsetzung des Gigabit Infrastructure Act (GIA) im TKG
  - ▶ Streichung von Regelungen im TKG
    - ▶ Zugang zu bestehenden physischen Infrastrukturen innerhalb von Gebäuden, § 145 Abs. 1 bis 3 TKG
    - ▶ Zugang zu bestehenden physischen Infrastrukturen in der Fläche, § 138 ff. TKG
    - ▶ Koordinierung von Bauarbeiten, § 143 TKG
    - ▶ Transparenz in Bezug auf Mobilfunkinfrastruktur, § 79 TKG
    - ▶ Informationen über geplante Bauarbeiten, § 82 TKG
    - ▶ Informationen zu gebäudeinternen physischen Infrastrukturen, § 145 Abs. 4 bis 7 TKG

## Eckpunkte Gesetz zum TK-Netzausbau (ii)

- ▶ Nutzen von Regelungs- bzw. Konkretisierungsbefugnissen durch den GIA
  - ▶ Bisherige Regelungen im TKG sollen weitestgehend erhalten bleiben oder hieran soll sich orientiert werden
  - ▶ Verbindliche Normen und Spezifikationen für gebäudeinterne Glasfaserinfrastrukturen erlassen
- ▶ Ausbau gebäudeinterner Netze (NE4)
  - ▶ Sicherstellung diskriminierungsfreier Zugang zum Endkunden auf NE4-Ebene
  - ▶ Glasfaserbereitstellungsentgelt in § 72 TKG weiterentwickeln, Erhöhung Umlagefähigkeit auf 960 Euro brutto
  - ▶ Glasfaserbereitstellungsentgelt Befristung bis 2032 statt 2027
  - ▶ Neubauten müssen mit Glasfaser ausgestattet werden, keine Anwendbarkeit von § 72 TKG
  - ▶ Zugangsentgelt bei Schaltung einmalig 60 Euro für nachfragenden Anbieter



## Eckpunkte Gesetz zum TK-Netzausbau (iii)

- ▶ Streichung des Erfordernisses 3 Angebote für gebäudeinternen Glasfaserausbau einzuholen
- ▶ Anspruch für Mieter in § 2 Nr. 15c BetrKV, dass Mieter TK-Anbieter frei wählen darf
- ▶ Recht zum Vollausbau eines Gebäudes mit gebäudeinterner Glasfaser bei mehreren Wohneinheiten
  - ▶ TK-Anbieter muss mind. 1 Endkundenvertrag im Haus haben
  - ▶ Zustimmung Gebäudeeigentümer. Ablehnung nur bei Sachgründen
  - ▶ Ausbau muss in 9 Monaten abgeschlossen sein
- ▶ Mitnutzung von gebäudeinterner Glasfaser
  - ▶ Gesetzlicher Anspruch auf Mitnutzung
  - ▶ Recht auf Zugang zu freier Glasfaser
  - ▶ Schonfrist von 2 Jahren
  - ▶ Mitnutzungsentgelte sollen Investitionskosten abdecken

## TK-Mindestversorgungs-VO (TKMV)

- ▶ Mindestversorgung: § 157 Abs. 2 TKG muss mindestens ein schneller Internetzugang verfügbar sein für eine angemessene soziale und wirtschaftliche Teilhabe
- ▶ Die BNetzA legt nach § 157 Abs. 3 TKG in einer Rechtsverordnung fest, was ein schneller Internetzugang ist
- ▶ Erstmalig hat BNetzA in TKMV 2022 einen schnellen Internetzugang definiert
  - ▶ 10 Mbit/s Download, 1,7 Mbit/s Upload, 150 ms Latenz zu 30 Euro mtl.
- ▶ BNetzA hat gemäß § 157 Abs. 4 TKG die Anforderungen jährlich zu überprüfen
- ▶ BNetzA hat bei der ersten Überprüfung in 2024 das Nutzungsverhalten in Mehrpersonenhaushalten zugrunde gelegt
- ▶ Werte wurden angepasst:
  - ▶ 15 Mbit/s Download, 5 Mbit/s Upload, 150 ms Latenz zu 35 Euro mtl.

## VG Köln | Feststellung der Unterversorgung

### ► Sachverhalt

- Verbraucher meint, keine ausreichende Versorgung mit schnellem Internet nach § 157 Abs. 2 TKG zu haben. Stellte Antrag auf Feststellung der Unterversorgung nach § 160 Abs. 1 TKG bei BNetzA. BNetzA wurde nicht tätig und Verbraucher verlangte vor VG Köln BNetzA zum Tätigwerden zu verpflichten

### ► Entscheidung VG Köln, 27.11.2024 – 21 K 1964/24

- § 160 TKG gewähre Grundstückseigentümer kein subjektiv-öffentliches Recht auf Feststellung der Unterversorgung
- Bereits der Wortlaut von § 160 Abs. 1 TKG spreche gegen ein subjektiv-öffentliches Recht. Dort werde allein die Überwachungspflicht der BNetzA adressiert
- Weder unmittelbar aus dem TKG, noch aus einer Auslegung von § 156 ff. TKG ergebe sich ein subjektiv-öffentliches Recht

## OLG Bamberg | Umzug

### ▶ Sachverhalt

- ▶ Kundin verfügt über Internetanschluss. Sie zieht zu ihrem Partner in die Wohnung. Auch Partner verfügt über einen Internetanschluss. Kundin sonderkündigt ihren Anschluss nach § 60 Abs. 2 TKG. TK-Anbieter verweigert Sonderkündigung, da er technisch in der Wohnung beide Anschlüsse realisieren könne.

### ▶ Entscheidung des OLG Bamberg, 27.11.2024 – 3 Ukl 7/24e

- ▶ Es komme für das Bestehen eines Sonderkündigungsrechts nach § 60 Abs. 2 TKG allein darauf ab, ob der TK-Anbieter am neuen Wohnort leistungsfähig sei
- ▶ Auf das Beispiel des Gesetzgebers in der Gesetzesbegründung, wonach ein Sonderkündigungsrecht bei Zusammenzug bestehe, komme es nicht an
- ▶ Ausschlaggebend sei allein der im Gesetzeswortlaut zum Ausdruck gekommene Wille des Gesetzgebers
- ▶ Maßgeblich sei daher allein das fehlende Angebot am neuen Wohnort

# LG München I | Zeitlicher Abstand zwischen Vertragszusammenfassung und Vertragsschluss

## ▶ Sachverhalt

- ▶ TK-Anbieter senden Kunden während eines Telefonates die Vertragszusammenfassung nach § 54 Abs. 3 TKG per Email zu und lassen sich während des Telefonates den Zugang der Email bestätigen. Danach nehmen die TK-Anbieter den Vertragsschluss am Telefon vor

## ▶ Entscheidung des LG München I, 22.4.2024 – 4 HK O 11626/23

- ▶ Sinn und Zweck der Vertragszusammenfassung nach § 54 Abs. 3 TKG ist, dass Verbraucher die Angebote anderer Anbieter miteinander vergleichen können
- ▶ Durch das Vorgehen des TK-Anbieters wird dieser Sinn und Zweck der Norm verunmöglicht
- ▶ Dem Verbraucher muss nach Erhalt der Vertragszusammenfassung eine Bedenkzeit gegeben werden
- ▶ Ein Vertragsschluss kann nicht in demselben Telefonat stattfinden

**Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.  
Fragen?**